

DR. BEN KHUMALO

- Dipl. Soz. - päd. (FH);
Mag. Theol.; Dr. rer. soc.-

Esel

**FRIEDEN WACHST AUS
GERECHTIGKEIT**

— LAGE UND ENTWICKLUNGEN IM SÜDLICHEN AFRIKA
HEUTE —

INFORMATIONEN HINTERGRÜNDE HOFFNUNGEN

REFERAT auf der
ZENTRALEN ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG
der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg

**zur Friedensdekade
vom 10.-20.11.1985**

am Sonntag, dem 10. November 1985
14,30 Uhr bis gegen 19,30 Uhr
in der Erlösergemeinde POTSDAM,
Deutsche Demokratische Republik



für S i b u s i s o und
M a n a s

I N H A L T S Ü B E R S I C H T



0. Einige Vorbemerkungen	1
1. Einleitung	2
2. 'Revolution von oben?': Zur "Reformpolitik" Botnas. 5	
3. Die Fronten werden immer klarer; der Widerstand Grundsätzlicher	7
4. "Wir sind doch alle für die Gleichberechtigung aller und für den Frieden!" ... Wirklich?	9
5. Das Eintreten für die Gleichberechtigung aller: Die Friedensbewegung im Südlischen Afrika	12
6. Hoffnungen und Erwartungen	21
7. Anhang:	
• Kurbitte im Gottesdienst um 18,00 (Auszug) Ben Khumalo	22
• Die Freiheitscharta (angenommen vom Volkskongress in Kiptown, Johannesburg am 26. Juni 1955	24
• Südafrikanischer Kirchenrat, Nationalkonferenz 1985: "Beschluss Nr. 5: Disinvestment "	26
• Südafrika 1985, von Reinhard Brückner	28

0. Einige Vorbemerkungen

Wenn wir uns heute zur Eröffnung der diesjährigen Friedensdokade in Potsdam auch und insbesondere über die Lage und die jüngsten Entwicklungen in diesem Lande (Südafrika) und in Namibia austauschen wollen, geschieht dies mit der ausdrücklichen Absicht, auch an dieser Stelle zu bekräftigen: Mit der Bevölkerungsmehrheit Südafrikas und Namibias sehnen wir uns nach Gerechtigkeit und setzen uns für den Frieden ein, und wir wissen, daß es in einer un-
gerechten Situation keinen Frieden geben kann.



In meinem Referat erscheint es mir sinnvoll, so zu verfahren, daß die jüngsten Entwicklungen und die Stoßrichtungen des Widerstandes in einem Zusammenhang angesprochen und behandelt werden - also nicht in einem getrennten Nacheinander.

- Unter 'Lage' und 'Entwicklungen' verstehe ich Ereignisse in und um den heutigen Südafrika und Namibia seit
- ihrem ausdrücklichen Verbot gewaltfreien Widerstandes April 1960, als auch der AFRICAN NATIONAL CONGRESS (ANC) mit einem solchen ausdrücklichen Verbot belegt und somit zu konsequenter Fortsetzung des gewaltfreien Widerstandes unter gleichzeitiger Einhaltung und Durchführung des bewaffneten Befreiungskampfes verpflichtet und veranlaßt wurde;
- insbesondere aber wohl die Inkraftsetzung der sogenannten "Neuen" Verfassung des Bantustanplan Anfang September 1984;
- sowie wohl Ausarbeitung des Kriegerrechts (des sogenannten "unbestrittenen Ausnahmezustandes") im Juli 1985 und dessen Durchsetzung und Ausweitung.

Die fortwährende völkerverwundende Unterdrückung Namibias sowie die Einsetzung einer prekolonialen "Übergangsregierung" in Windhoek am 17. Juni 1985 - ohne Wahlrecht oder Auftrag des Volkes und unter bewusster Verletzung und Mißachtung der UN-Resolution 435 - sind weitere Glieder in einer Kette von Mißtaten, welche den Alltag im Südliehen Afrika heute bestimmen: will-

Künftige und systematische Entmenslichung des menschlichen Geschöpfes durch den Mitmenschen; Beharren auf Unrecht und bewußte Friedlosigkeit.



Diese institutionalisierte Entrechtung der Bevölkerungsmehrheit meines Landes und Namibias durch die Allein- und Vorherrschaft der Bevölkerungsminderheit weißer Hautfarbe - das Verbrechen der Apartheid - teilt Menschen innerhalb und außerhalb des heutigen Südafrika in mindestens zwei gegenüber gerichteten Kreise auf: Auf der einen Seite befinden sich Vertreter, Befürworter und Nutznießer dieses Unrechtssystems, auf der anderen Opfer und Gegner desselben.

Wenn ich hier über die Hoffnungen und die Stoßrichtung des Widerstandes rede, habe ich diejenigen vor Augen, die innerhalb und außerhalb des heutigen Südafrika und Namibia die fortwährende Entrechtung der Bevölkerungsmehrheit durch die Allein- und Vorherrschaft der Bevölkerungsminderheit weißer Hautfarbe nicht vorantreiben, nicht befürworten oder gar Vorteile aus ihr ziehen, sondern (ich habe diejenigen vor Augen, die diese Entrechtungspolitik grundsätzlich in Frage stellen, uneingeschränkt ablehnen und konsequent zu überwinden bemüht sind: Menschen im Widerstand und im Kampf gegen die Apartheid also. Auf dem Kontinuum zwischen Infragestellung, Ablehnung und Bekämpfung des Rassismus befinden sich jene Einzelpersonen, Gruppierungen und Organisationen, die die Grundursachen auch derzeitiger Ausschreitungen aufdecken, konsequent gegen sie ankämpfen und sie für immer beseitigt haben wollen. Die Zahl jener Einzelpersonen, Gruppierungen und Organisationen nimmt in letzter Zeit drastisch zu.

1. Einleitung

Die Nachrichtermeldungen der letzten Wochen und Monate - vor Verschärfung der Nachrichtensperre am vergangenen Wochenende - sowie die zahlreichen bei mir eingehenden Telefonanrufe und Briefe beschäftigen mich sehr; sie lassen mich kaum zur Ruhe kommen - und das seit geraumer Zeit. Meldungen wie:



- "Wichtiges Mitglied der Dachorganisation **United Democratic Front** (UDF) sind des Hochverrats angeklagt und müssen vor Gericht; Strafmaß reicht in mehreren Fällen bis zur Tötung durch Erhängung;"
- "(U) Arbeiter bei der Kohleverflüssigungsanlage SASOL wurden fristlos entlassen, in einer gut geplanten und organisierten Aktion sofort ausbezahlt und innerhalb von zwei Wochen mit Bussen in die jeweiligen Zwangsumsiedlungslagerorte Bophuthatswana, Ciskei, KwaZulu, Venda, Transkei, usw., abtransportiert, da sie den Aufruf ihre Gewerkschaftlichen Dachverbände **FOSATU (Federation of South African Trade Unions)** und **CUSA (Council of Unions of South Africa)** betroffen hatten, am 5. und 6. November 1984 zu Hause zu bleiben;"
- "In den frühen Morgenstunden des 23. Oktober 1984 riegelte die Armee die Arbeiterwohniedlung Sebokeng ab und Militärpersonal patrouillierte in allen Hauptstraßen des Ortes. Von der Armee gedeckt, durchsuchte die ebenfalls schwerbewaffnete Polizei jedes Haus. Die Bewohner wurden aus den Betten geholt. Aufenthalt-, Miet und Unternehmigungsgenehmigungen, Rundfunk- und Fernsehenehmigungen und Pabblcheher wurden kontrolliert, Kinder wurden verhört, warum sie nicht zur Schule gingen, die Wohnungen wurden auf verbotene Literatur, Waffen und Munition und - wie es auch heißt: Drogen - durchsucht. 358 Menschen wurden festgenommen, nach den Presseberichten in der Mehrzahl **leuts**, die keinen **mpas** (= Pabbuch, das jeder Schwarzafrikaner ab dem 16. Lebensjahr ständig mit sich zu führen hat; Aufenthaltsgenehmigungen, Kopfsteuer-Quittungen, monatliche Einkünfte des Arbeitgebers, sonstige Vermerke) vorzeigen konnten. Die Betroffenen konnten kein Rechtsmittel einlegen, erhielten keine Anwaltliche, was gegen sie vorläg, denn zunächstlich waren **Sondergerichte**; wo diese tagten, war in der Öffentlichkeit nicht bekannt. ... Jede überprüfte Person wurde durch einen roten Stempel auf der Hand gekennzeichnet und konnte dann ihrer üblichen Nachdichtung nachgehen;"
- "Der Anführer des Unruhmorgens in meinem Lande Pieter Willem



- Botha verhängte am 20. Juli 1985 den "unbefristete Ausnahmezustand" über 36 Bezirke des Landes, um der anhaltenden Proteste gegen seine Politik der Entrechtung der Bevölkerungsmehrheit so Herr zu werden. Die ohnehin weitreichenden Vollmachten seiner sog. "Sicherheitskräfte" zu Durchsuchungen und Festnahmen ohne Gerichtsverfahren werden durch die Ausrufung des Kriegsrechts ("dieses sog. "Ausnahmezustandes") erheblich erweitert, außerdem können sie Ausgangssperren erlassen und unliebsame Berichte von Medien unterbinden. Verstöße gegen die Bestimmungen des Kriegsrechts werden mit Gefängnis bis zu 10 Jahren oder Geldstrafen bis zu 20 000 Rand (rund 30 000 D-Mark) bestraft. ... Bereits am ersten Tage der Inkraftsetzung dieser Verfügung wurden nach Angaben der dortigen Polizei 113 Menschen festgenommen; 60 weitere Personen seien - nach Angaben von Augenzeugen - während der Rückkehr von einem Begräbnis festgenommen worden. ... Seitdem sind nunmehr rund 820 Menschen im Zuge dieser Kriegsmaßnahme getötet, unzählige verwundet (in den meisten Fällen sehr schwer), nicht weniger als 2 500 in Haft und wieder unzählige spurlos verschwunden.
- "Kapitalflucht. Die **Johannesburg stock exchange** (die "Börse in Johannesburg) müsse vorübergehend schließen, um die schwankende Landeswährung zu schützen und die eingetretene Krise auf dem Kapitalmarkt wieder unter Kontrolle zu bekommen. Der Präsident der dortigen Notenbank besitz sich nach London und Frankfurt/M, um sich dringende Rückendeckung zu holen;"
- "Botha bittet seine Gläubiger auf dem internationalen Finanzmarkt um Geduld; die von seinem Regime eingegangenen Verpflichtungen i.H.v. umgerechnet 23 Milliarden D-Mark könne er derzeit nicht mehr zurückzahlen; in den 4 Monaten September bis Dezember 1985 werde er lediglich einen Teil der fälligen Zinsen einigermäßen noch zusammenzubringen versuchen. **Verschuldung!** Eine dringende internationale Umschuldungsaktion mußte daraufhin eingeleitet werden;"
- "Die Verteidigerin der 38 des Hochverrats beschuldigten Mitglieder der UDF, Rechtsanwältin Victoria Mxenge, ist von "Unbekannten" vor ihrem Haus erschossen worden;"

• Das Kriegsrecht soll nun auch auf andere Teile des Landes ausgeweitet werden, die der Buren-
 cher Botha bisher für "relativ ruhig" gehalten
 hatte; es gibt auch dort zunehmende Zahlen von
 Toten, Verwundeten, Inhaftierten, spurlos-Verschwindenden;



Diese und viele andere Meldungen der jüngsten Zeit bestätigen die
 Befürchtung, Pieter Willem Botha meint es ernst mit seiner Politik
 der Totalen Strategie, wonach durch erhöhte militärische An-
 strengungen innerhalb Südafrikas sowie in den angrenzenden Nach-
 barländern die Vorherrschaft der weißen Minderheit des heutigen
 Südafrika und Namibia im Gesamtgebiet des Südlischen Afrika zum
 Dauerzustand werden solle, während gleichzeitig propagandistisch
 von "Reformen", "Friedensinitiativen" und "Verfassungsänderungen"
 die Rede ist: Pieter Willem Botha betreibt bewusst eine Politik
 der verbrannten Erde! - etwa nach dem Motto: "nach uns, die Sint-
 flut!"

Jeder weitere Tag vor dem Sturz des Rassistensystems Bothas er-
 schwert die Möglichkeit des längst fälligen Umdenkens, läßt es
 je länger je unwahrscheinlicher erscheinen, daß versöhnendes Zu-
 einanderfinden SELBST IN FERNER ZUKUNFT noch Raum haben wird und
 ist ein direkter Angriff gegen den Frieden unter Menschen und
 Völkern - weit über die Grenzen des heutigen Südlischen Afrika
 hinaus! Neben der Herausforderung zur Überwindung des Hungers
 nach Brot sehen wir uns, Friedenssuchende heute, vor die ebenso
 dringende Herausforderung gestellt: der Verneinung und Entmensch-
 lichung des Menschen zu widerstehen. Gerechtigkeit ist unteilbar,
 darf niemandem vorenthalten bleiben und kann niemals das Vorrecht
 einiger wenigen werden! Die Zeichen stehen auf "Sturm", solange
 dies verkannt wird.

2. 'Revolution von oben?': Zur "Reformpolitik" Bothas

Noch vor einem Jahr hatten 8 Organisationen des Gewaltfreien Wider-
 standes im heutigen Südafrika - unter ihnen die UDF, Black Sash und
 das Unterstützungs Komitee für politische Gefangene (Detainees'
 Support Committee: DESCOM) - in einer im November 1984 in Südafrika

erschienenen Broschüre "Repression in a time of 're-
 form'" (=etwa: "Unterdrückung im Südafrika der
 'Reform'") die Frage, die anderweitig bereits Ende
 der 70er Jahre wiederholt gestellt worden war, auf-
 gefaßt und erneut zur Sprache gebracht: "Wo bleiben die Re-
 formen, Herr Botha?" In diesem Zusammenhang erinnerten sie
 daran:



Vor und nach den einseitig beschlossenen und verordneten
 "Wahlen" zum neugeschaffenen 'Drei-Kammer-Parlament' im
 August vergangenen Jahres ging das Regime in einer seit
 1976 nicht mehr gekannten Schärfe gegen Personen, Organi-
 sationen und ganze Gruppen vor. Dabei habe es über 100
 Tote, mindestens 1.500 Verletzte und Hunderte von Ver-
 haltungen (meistens ohne Gerichtsverhandlung) gegeben.

Die 8 Organisationen fragen:

Warum greift das Regime in einer Zeit, in der sie Reformen
 verspricht, zu so brutalen Unterdrückungsmaßnahmen?
 Die 8 Organisationen finden eine Antwort auf diese Frage:

Die weiße Vorherrschaft versucht, der Bevölkerungsmehrheit
 eine Verfassung aufzuzwingen, die für die Bevölkerungsmehrheit
 unannehmbar ist. Die sog. 'neue' Verfassung, die
 am 3. September 1984 in Kraft gesetzt wurde, wurde von
 weiten Teilen auch der nun zu Wahlberechtigten erklärten
 Schwarzen indischer Abstammung (der sog. "Trider") und
 Schwarzen nicht nur afrikanischer Abstammung (der sog.
 "Golooureds") mehrheitlich abgelehnt, da sie den rechtlosen
 Status der Bevölkerungsmehrheit afrikanischer Abstammung
 weiterhin gesetzlich verankert. Dazu kommen steigende
 Lebenshaltungskosten, schockierende Lebensbedingungen
 in den Townships und zunehmende Unzufriedenheit der Schüler
 und Studenten mit dem Schul- und Ausbildungssystem für
 Menschen schwarzer Hautfarbe. All das hat erneut zu
 einer breitangelegten öffentlichen Ausschreitung gegen
 die Ursachen und Beweggründe der Entrechtungs politik -
 zur Ablehnung und Bekämpfung der Apartheid in jeder Form
 - herausgefordert.

Die Opfer der Entrechtung sind nach wie vor nicht mit leeren Ver-



sprechungen und listigen Täuschungsmanövern erfolgt reich zu beschwichtigen, oder gar zu "befrieden". Die Entscheidung zur grundsätzlichen Infragestellung, uneingeschränkter Ablehnung und konsequenter Bekämpfung dieses Übels wird immer unübersehbarer. Wir erinnern uns allerdings: Auch in der Vergangenheit war es üblich, daß die rassistischen Machthaber die Gegner ihrer Politik beschnitten, lediglich aus Veranlassung oder aber nur im Auftrag" der von dem Regime gefürchteten Befreiungsbewegung AFRICAN NATIONAL CONGRESS (ANC) zu handeln, oder "gar" Beziehungen zu haben "zu den Kommunisten und zur Sowjetunion". Auch bei den Widerstandaktionen gegen die sog. "neue" Verfassung, gegen die Zwangsmaßnahmen- und Ausbürgerungspolitik, gegen Fahr- und Mietpreiserhöhungen, gegen die fortgesetzte Ausbeutung am Arbeitsplatz und Bevormundung in den Schulen, an Universitäten und sonstigen Ausbildungsstätten - all dies fand erst kürzlich statt - haben die Verfechter, die Befürworter und Nutznießer des Rassismussystems die Verantwortung "von außen kommenden Unruhestiftern" zugeschoben. ... Eben als wollte man sagen: "Viele zu dumm sind die Schwarzen dafür! Auf den Gedanken, daß sie unterdrückt sind, kämen sie von selbst nie! Es sind eben diese Unruhestifter und Kommunisten aus dem Ausland, die unsere Demokratie zu Fall bringen wollen!" Dabei wird gar der Eindruck erweckt, als wären selbst die nicht mehr zu vertuschenden zahlreichen Anschläge der Befreiungsbewegung ANC auf strategisch-wichtige Anlagen der Wirtschaft und der Politik der Rassisten lediglich "von außen gesteuert", während doch selbst die sog. "Sicherheitskräfte" dieses Regimes über extensive Erkenntnisse verfügen hinsichtlich der Ernsthaftigkeit, mit der der ANC den gewaltfreien Widerstand sowie den bewaffneten Kampf innerhalb des heutigen Südafrika vorantreibt.

3. Die Fronten werden immer klarer; der Widerstand grundsätzlicher Die Zahl derer unter den Opfern der Apartheid im heutigen Südafrika, die ihre Entrechtung nicht mehr länger fatenlos hinnehmen wollen und können, wächst - und dies
spätestens seit Bekanntgabe und Inkraftsetzung jener "neuen" Verfassung, die die Vorherrschaft der Bevölkerungsminderheit weißer Hautfarbe nunmehr verschleiern und



daher effektiver fortsetzen helfen sollte (von der Bevölkerungsmehrheit erwartungsgemäß abgelehnt und von der UNO für "null und nichtig" erklärt),
aber auch und insbesondere seitdem Pieter Willem Botha durch Ausrufung des Kriegsrechts (des sog. "Ausnahmeszustandes") nunmehr in aller Öffentlichkeit hat zugestehen müssen, daß die Fortsetzung seiner Unterdrückungspolitik nur noch unter Anwendung noch brutalerer Polizei- und Militärgewalt denkbar sei.

Die Ausschreitungen der letzten Zeit liefern den Beweis dafür, daß - nach wie vor - nicht eine auch irgendwie geartete Extrajudicial-mächtig, sondern die endgültige Überwindung des Übels der Apartheid und die Herstellung dauerhaften, rassistusfreien, friedlichen Miteinanderlebens aller Südafrikaner das Ziel ist, das der Bevölkerungsmehrheit vorschwebt und für das sie sich auch konsequenter einzusetzen bereit ist.

In jüngerer Zeit kommen aber auch zunehmends Menschen zu Wort, die den Gegenheiten nach nicht in erster Linie zu Opfern dieses Unterdrückungssystems zählen, die aber aus vielerlei gewichtigen Gründen auch Gegner geworden sind, (Menschen, die) das bisherige konturlose Mitklartum nicht mehr betreiben wollen und die sich das Anliegen der Bevölkerungsmehrheit meines Landes zueigen zu machen entschlossen sind: Zu diesen zählen Gegner des Rassismus unter Menschen weißer Hautfarbe in Südafrika und Namibia, aber auch hierzuland.

In nicht vermindert Zahl gibt es nach wie vor Verfechter, Apologeten und Nutznießer des Rassismus - in Südafrika, in Namibia, aber auch (so meine Ich) hierzulande und woanders (u.a. in meinem derzeitigen Gastgeberland: Bundesrepublik Deutschland): Menschen, denen es sogar gelingt, einerseits im Chor der Weltöffentlichkeit mitzinstimmen, "Rassismus/Apartheid ist Sünde - ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit", andererseits aber weiterhin gemeinsame Sache mit dem Rassistenregime Bothas zu betreiben, die Entrechtung der Bevölkerungsmehrheit meines Landes und Namibias zu rechtfertigen, zu unterstützen, weiterhin mitzufinanzieren und dem Unrechtsregime Bothas die von ihm so dringend benötigte Legitimität, Aufwertung und Rückendeckung weiterhin zu gewähren und bereitzustellen.



Es zeigt sich auch in den jüngsten Entwicklungen: Die Bevölkerungsmehrheit meines Landes und Namibias lehnt die Verneinung des Lebens und die zerstörerische Besessenheit der Rassisten ab, will diese endgültig überwinden und allen das Leben öffnen und erhalten. Er fällt dabei auf: Auch Einzelpersonen und Gruppierungen, die

seit dem ausdrücklichen Verbot des gewaltfreien Widerstandes des AFRICAN NATIONAL CONGRESS (ANC) im April 1960 und der Tätigkeit des PAN-AFRICANIST CONGRESS (PAC)

sowie seit dem ausdrücklichen Verbot auch jüngerer Organisationen des Gewaltfreien Widerstandes am 19. Oktober 1977 (unter ihnen: BLACK PEOPLES' CONVENTION BPC und das CHRISTLICHE INSTITUT/Johannesburg

ihre Stimme gegen die Entrechtung erheben und es an entscheidenden Taten nicht fehlen lassen, sind mehr denn je entschlossen, den Widerstand und die Bekämpfung der Entrechtung nunmehr konsequenter voranzutreiben. Sachkundige Beobachter sind sich darin einig, daß die Initiativ neuerdings unbestritten bei diesen Einzelpersonen, Gruppierungen und Organisationen - den Gegnern der Entrechtung also - liege; den Verfechtern bleibt nur noch das Reagieren übrig - und das nicht erst seit Ausbruch des Kriegsrechts!

4. "Wir sind doch alle für die Gleichberechtigung aller und für den Frieden!" ... Wirklich?

Zu lange - viel zu lange - hat man immer wieder den Fehler begangen, auch jene Einzelpersonen und Gruppierungen als "Opposition" zu bezeichnen, die im Grunde genommen nur noch Teil des Establishments sind: Personen und Gruppierungen wie die sog. 'Liberalen', Helen Suzman, Frederick van Zyl Stabbert, Alan Paton, Harry Oppenheimer und wie immer sie alle heißen - Personen und Gruppierungen, die es gut verstehen, gelegentliche rhetorische Abweichungen öffentlichkeitswirksam vorzutragen, während sie eigentlich unbeeinträchtigt an dem zeitweiligen Apartheid ziehen und wie ein Mann hinter ihrem sog. "Staatspräsidenten" stehen. Diese sind nichts anderes als lediglich Verfechter und Befürworter gewissen Colouers! Wir



finden uns auf dem Holzweg, wenn wir immer noch meinen, mit diesen zusammen zur Herstellung uneingeschränkter Gleichberechtigung und nicht-vorgezögerten Friedens beitragen zu können. Die unaufhaltbare Zuspitzung der Entrechtung fordert dazu heraus, deutlich zu scheiden zwischen Böcken und Schafen! Viel zu lange sind die meisten von uns diesem Irrtum zu Opfer gefallen:

Selbst Menschen schwarzer Hautfarbe, die aus opportunistisch-finanziellen Gründen sich zur Durchführung gewisser Gesetze und Maßnahmen der Entrechtung haben rekrutieren und gewinnen lassen - etwa der zungefertigte Zulu-Häuptling Gatscha Mangosuthu Buthelezi - werden des Bitteren gar als 'Opposition gegen die Apartheid' ausgegeben. Wie irreführend! Gutbesoldete Durchführungsbenehmer und Miträger der Unterdrückungs-, Zwangsumsiedlungs- und Ausbürgerungspolitik der "Homelands" sollen neuerdings Fitzsprecher der auch unter ihnen leidenden Bevölkerungsmehrheit Geworden sein? Wenn es Opposition zur Verneinung des Lebens - Opposition zur Apartheid - gibt - Infragestellung, Ablehnung und Bekämpfung der Entrechtungspolitik -, dann kann sie die soeben genannte Personengruppe auf gar keinen Fall mit einschließen, denn diese Personengruppe stellt alles andere als Ablehnung der Ungerechtigkeit dar; sie ist eigentlich dazu da, gegen gute Bezahlung, Interessen der Verfechter des Rassismus

- durchzusetzen,
- zu beschönigen,
- zu verteidigen
- und verschleiern zu helfen.

Wer die Entrechtungspolitik der Apartheid ablehnt, muß auch diese bekämpfen. Die sog. "Progressive Federale Partei (PFP)" Helen Suzmans, Alex Borraines, Frederick van Zyl Stabberts kann höchstens nur noch für finanz-kräftige Nutznießer des Entrechtungs-systems aus den Reihen nicht-burischer Weißer sprechen - Menschen, die auch heute eindeutig dafür eintreten und auch in den letzten zwei Jahren unmißverständlich gezeigt haben, daß Pieter Willem Botha weiterhin uneingeschränkt mit ihnen rechnen kann und darf,



- Wann os darum geht,
- militärische Abendteuer in unsere Nachbarländer Lesotho, Mozambik, Angola, Botswana und Sambia durchzuführen und nichts-ahnende Zivilisten niederzumähen;
 - demokratisch-gewählte Regierungen und legitime Verantwortungs-träger in unseren Nachbarländern Simbabwe, Angola, Mozambik und naderen zu verunglimpfen und zu destabilisieren, damit an ihrer Stelle pretoria-hörige Vasalenstaaten á la Malawi installiert werden können, die dann Bothas Vision einer unter seiner Kontrolle zu stehenden "Constellation of States" verwirklichen helfen können - zur Verewigung und Ausdehnung weißer Vorherrschaft ins gesamte Südlliche Afrika;
 - die völkerrechtswidrige Besetzung unseres Nachbarlandes Namibia fortzusetzen und die Verwirklichung der UN-Resolution 435 zu verhindern;
 - die Allein- und Vorherrschaft der Menschen weißer Hautfarbe auch anhand der sog. "neuen" Verfassung nun etwas verschleiart und verfeinert fortzuschreiben und zu verfestigen, Botha und seine Militärs mit diktatur-ähnlichen Vollmachten auszustatten, die bishin zur Verhängung und Durchsetzung willkürlicher Verfügungen (siehe: Kriegerrecht) reichen.
- Diese Personengruppe verleiht dem Entrechtungs-system Bothas den Anschein einer Demokratie - einer Republik -; ist für das Überleben dieses Systems außerordentlich wichtig und unersetzbar; für eine ernstzunehmende Opposition dagegen untauglich und von Hause aus unfähig. Dasselbe gilt für Vorsteher der Zwangs-umsiedlungsgebiete KwaZulu, Transkei, Bophuthatswana und anderen: die Durchführungsbeamten einer Politik, die gegen die Bevölkerungs-mehrheit gerichtet ist, und an dessen Konzipierung sie nicht beteiligt waren - die armen Teufel! Was können sie anders wollen, als das wofür sie so gut bezahlt werden? Die Ablehnung und Bekämpfung der Entrechtungs-politik der Apartheid ereignet sich an anderer Stelle: Einzelpersonen und Gruppierungen aus den Reihen der Opfer und Gegner der Entrechtungs-politik Bothas innerhalb und außerhalb des heutigen Südafrika setzen - insbesondere in jüngster Zeit - Entwicklungen in Gang, die unsere Aufmerksamkeit verdienen,



- Nun: Welche sind diese Einzelpersonen und Gruppierungen? Welche Gemeinsamkeiten gibt es zwischen und unter ihnen; welche Stolpersteine und Bremsklötze gilt es noch zu überwinden? Welche Grundüberzeugungen sind ihnen allen gemeinsam und in wiefern lassen sich diese - besonders in letzter Zeit - (noch) aufrechterhalten? Kurzum: Welche Schwerpunkte lassen sich in ihrem Vorgehen erkennen?
- Diese Frage wollen wir im restlichen Teil des Referats nachgehen.
5. Das Eintreten für die Gleichberechtigung aller: Die Friedensbewegung im Südllichen Afrika
- Die Suche nach gleichberechtigtem, dauerhaft-friedlichem Miteinanderleben aller Menschen in Südafrika und Namibia ist so alt wie die Entrechtungs-geschichte.
- Namentlich bekannte und unbekante Einzelpersonen, Gruppierungen und Organisationen innerhalb des Landes, die
- insbesondere seit dem ausdrücklichen Verbot auch jüngerer Organisationen des gewaltfreien Widerstandes am 19. Oktober 1977 - nicht stumm und untätig geworden sind gegen die Unterdrückungsmaßnahmen weißer Vorherrschaft - Menschen, die bewußt auch außerhalb der dortigen Legalität das "Nein" zur Entrechtung der Apartheid in Wort und Tat artikulieren, setzen auch heute Entwicklungen in Gang, auf die die Verfechter des Rassismus mühsam zu reagieren versuchen. Zu dieser Gruppe der Friedensstifter zählen u.a.:
- Arbeiter und ihre Führer, die durch immer wiederkehrende Arbeitsniederlegungen und massenhaftes Wegbleiben vom Arbeitsplatz trotz drohender und stattfindender Aussperrung, Entlassung und Abschiebung in die fernegelegenen lebensunfähigen Arbeitskräfte-Reservoirs (=die sog. "Homelands") doch erfolgreich dazu haben beitragen können, daß die Forderungen der Arbeiter nach humanen Arbeitsbedingungen, gerechter Entlohnung und allgemeinen Menschenrechten nicht der Vergessenheit anheim gefallen sind. Daß heute Gewerkschaften - registrierte und nicht-registrierte - und sonstige Arbeiterorganisationen zum wichtigen Faktor im Kampf gegen



Ökonomische Ausbeutung geworden sind, ist dem unter Inkaufnahme enormer Entbehrungen und grob-tesker Verfolgung geleisteten Widerstand - insbesondere seit dem 19. Oktober 1977 - zu verdanken.

• Hausfrauen, Pendlern, Studenten und Schülern, die - insbesondere seit dem Schüler-Aufständen 1976 - die Ablehnung des Unrechtes nicht haben verstummen lassen. Ich denke insbesondere an:

- Ausschreitungen gegen Miet- und Fahrpreis-Erhöhungen auch in eMondlo, Kwamashu, eMlazi, eMadadeni - im Zwangs-umsiedlungsgebiet des Gatscha Buthelezi;
- Konsumverzicht und Verbrauchsboykott der letzten Monate gegenüber *gewissen* Händlern und Geschäftsleuten, um "dort zu treffen, wo es am meisten schmerzt" (Allan Boesak);

- Schüler und Studenten in verschiedenen Teilen des Landes, die - auch nach Ausrufung des Kriegsrechts am 20. Juli 1985

- die Erziehung zur Unterwürfigkeit immer wieder öffentlich angeprangert und die diversen Verordnungen des Burenehfs Botba bewahrt und wiederholt übertraten haben und dies weiter-

hin tun (eine zunehmende Zahl von Schülern und Studenten weißer Hautfarbe gesellt sich neuerdings dazu);

• jene Strömung von Kriegsdienstgegnern unter Jugendlichen weißer Hautfarbe, die die Wehrpflicht mit der Begründung ablehnen, "wenn ich schon zur Waffe greifen sollte, dann auf gar keinen Fall zur Verteidigung und Aufrechterhaltung dieses Unrechtssystems, wohl aber zur Beseitigung desselben!";

• unzählige unbestechliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die gar zu Symbolen des Widerstandes und des Kampfes für das neue, rassistumstreuere Südafrika geworden sind: unter ihnen Präsident Oliver Tambo, Rolihlahla und Nomzamo Mandela, Lea und Desmond Tutu, Allan und Dorothy Boesak, Ilse und Beyers Naude, Wolfram und Frau Kistner, Frank Chikane, S'mangaliso Mkhatsheba, Archie Gumede - aber auch die ermordeten Friedenssuchenden, Victoria Mxenge, Matthew Goniwe, Solomon Mahlangu, Ben Moloise und unzähligen anderen.

Gemeinsam unter allen erscheint mir jene Grundüberzeugung unserer Vorfahren zu sein, die unsere Eltern und Älteren geschwiegen während



der Demonstrationen, Streiks, Pakverbrennungen und Selbstanzügen der fünfziger Jahre ("Defiance Campaign") immer wieder in Erinnerungen riefen und auf jenem Volkskongress von Klipfontein bei Johannesburg am 26. Juni 1955 zum unverzichtbaren Bestandteil unserer Freiheitscharta werden ließen; - die Grundüberzeugung nämlich: "Südafrika gehört allen, die darin leben; Schwarzen wie Weissen ...". Nicht das Untreiben des Spießes,

nicht Rassismus unter umgekehrten Vorzeichen - etwa in der Form einer sogenannten majority rule, nicht eine betrügerische Fortsetzung willkürlicher (oder gar systematischer) Bevorzugung weniger gegenüber allen - etwa in Form einer undemokratischen Verfassung, die eine Sonderstellung gewisser Minderheiten ("weisse" in Simbabwe, z. B.) vorsehen soll,

- "one person, one vote in a unitary state!" - (d.h. allgemeines, gleiches Wahlrecht für alle in einem ungeteilten einheitlichen Staat) - dieses Grundanliegen ist - meiner Beobachtung nach und nach Meinung sachkundiger Beobachter vor Ort - gemeinsame Grundlage alle jener kleinen und/aber auch großen Anstrengungen von Einzelpersonen und Organisationen in letzter Zeit, der Entrechtung zu widerstehen und sie zu überwinden.

Zwar stellen Organisationen der Black Consciousness Movement (BCM) unter Leitung u.a. der Azanian Peoples' Organisation (AZAPO) und des Dachverbandes National Forum (NF) auf den ersten Blick eine Ausnahme dar, indem sie diese Grundüberzeugung der Bevölkerungs-

mehrheit für inzwischen überholt halten und sie deswegen verwerfen und streichen wollen; die Unfähigkeit dieser Organisation aber, auch jene Schichten und Kreise der Bevölkerungsmehrheit zu errei-

len und hinter sich zu vereinen, die weniger rhetorisch-intellektuell, sondern vielmehr handlungsorientiert - d.h. tatkräftig - gegen die Entrechtung und für die Befreiung eintreten, läßt weiterhin hoffen, daß dieses *Widerheits*svotum den Befreiungskampf keineswegs beeinträchtigen und ihn lediglich zu einem verbissenen Ver-

setzungsfeldzug verkommen lassen könnte: Viel zu lange und viel zu viel hat die Bevölkerungsmehrheit unter ungerechter Bevorzugung Weniger und Benachteiligung Vieler gelitten, zu tier sitzt die



Ablehnung willkürlicher oder aber systematischer Lebensverneinung in den Herzen größerer Teile der Bevölkerungsmehrheit, als daß man befürchten müßte, die AZAPO würde ihre Vision eines neuen Südafrika ("Azania" - wie sie es nennen) unter Ausschluß der Bevölkerungsminderheit weißer Hautfarbe von der Mitgestaltung des öffentlichen Lebens und Ausübung politischer Macht durchsetzen und diese der Bevölkerungsmehrheit aufzwingen können.

Die Überzeugung setzt sich zunehmend durch: Wenn nicht jetzt, wann denn? ... Wir haben eine entscheidende Phase erreicht! Das Heft hat nun die Bevölkerungsmehrheit in der Hand. Die von ihr in Gang gesetzten und zu setzenden Entwicklungen werden in absehbarer Zeit (ziemlich bald?) so gut aufeinander abgestimmt sein, daß die anerkannten Führer der Bevölkerungsmehrheit dann die Staatsverantwortung übernehmen und die Übergangsphase zum lang ersehnten, rassismustreien, neuen Südafrika einleiten werden. Die hierfür notwendige günstige Konstellation von Entwicklungen *innerhalb und außerhalb des heutigen Südafrika* hat insbesondere in diesen Tagen und Wochen recht gute Chancen, herbeigeführt zu werden. Wir arbeiten hart daran!

Unsere Maßnahmen - die verschiedenlichsten Anstrengungen der Bevölkerungsmehrheit, die Entrechnung zu überwinden - zielen darauf ab, **das grundsätzlich Neue** bald herbeizuführen. Wenn die Verfechter des Rassismus dazu aufgefordert werden,

- unsere Führer und sonstigen politischen Gefangenen freizulassen,
- die von ihnen gefürchteten Organisationen der Bevölkerungsmehrheit nicht mehr länger mit einem Verbot belegt zu halten,
- Vertriebene und Exilanten bedingungslos Rückkehr zu gewähren zwecks Ausarbeitung einer Verfassungsgrundlage des neuen Südafrika,

entsteht der falsche Eindruck, als hielten wir diese Verbreyer für imstande zu sein, *gleichberechtigtes, rassismustreies Mit-einanderleben aller zu wollen, oder gar mitherbeizuführen!* Keineswegs! Durch diese Forderungen kann lediglich angestrebt werden, unter Beweis zu stellen, wie unmachbar diese Unrecht-



staat bei intensiverer Fortsetzung ihrer Entrechtungspolitik gelitten ist. ... Nicht eine "vierte Kammer" in Bothas Rassistemparlament, nicht eine sog. "Natal-Lösung" des Gatscha Buthelezi und seiner Financés aus den Kreisen nicht-burisch-sprachiger Industrieller und ausländischer Investoren; nicht eine irgendwie geardete sog. "zweite national convention", auf der oppositionistische Berufswörter und Nutznießer unserer Entrechtungskünste an führender Stelle; die bereits genannten Frederik van Zyl Slabbert und Gatscha Buthelezi unter Ausschluß maßgebender Stimmen der Bevölkerungsmehrheit (=UDF und SACC: um nur zwei der im Rahmen der dortigen Legalität noch nicht ausdrücklich zum Schweigen gebrachten zu nennen) den Ausweg aus dem derzeitigen Chaos meinen beraten und ertütern zu können; nicht *eine einzige dieser Verschleierungs- und Verzögerungsstaktiken* kann auch nur noch dazu beitragen, daß *allgemeines, gleiches Wahlrecht für alle in einem ungeteilten Staat* ("one person, one vote in an undivided unitary state") bald Wirklichkeit wird. Im Gegenteil!

Verantwortungsträger in unserer Befreiungsbewegung sind derzeit damit beschäftigt, die vielen Initiativen der Gegner des Rassismus innerhalb und außerhalb des Landes so aufeinander abstimmen zu helfen, daß

- das Reagieren der derzeitigen Machthaber mit halbherzigen, verspäteten und deshalb unbedeutenden Zugeständnissen und listigen **Beschwichtigungsmaßnahmen**

nicht das letzte Wort bleibt, zu dem sich die Verfechter der Entrechtung genötigt fühlen; **abdanken - kapitulieren - werden sie müssen - und zwar bald!** Präsident Oliver Tambo äußert sich noch deutlicher: "Wir gehen jetzt zum Angriff über!"

Bei Intensivierung und Fortsetzung aller bisherigen Versuche organisierten öffentlichen Protestes innerhalb und außerhalb des Landes gilt es, - auch und insbesondere in diesen Wochen und Tagen - jene Anstrengungen ebenfalls zu verstärken und fortzusetzen, die für die Schwächung und Vernichtung der 'Streikkräfte' Bothas sowie

für die Erschütterung und Zerstörung der politischen und wirtschaftlichen Macht des Rassistensystems geeignet sind. "Umkonto westliche" ("über Meer der Nation", der bewährte Flügel unserer Befreiungsbewegung) soll - meiner Meinung nach - deutlicher in den Vordergrund treten. Dieser ist einer der Schwerpunkte, denen in diesen Tagen und Wochen besondere Wichtigkeit zukommt, wenn die derzeit erkennbare Konstellation von Entwicklungen innerhalb und außerhalb des Landes bald so günstig sein soll, daß das grundsätzliche Neue heute noch einbrechen kann. Andere dieser Schwerpunkte sind - meiner Beobachtung nach -:



- Verordnungen des Kriegsvertrags respektive zu misshandeln und die Stärke der Schwachen auch hierdurch unter Beweis zu stellen ("zweiter Ungehorsam");

Das Polizei- und militärische Gebot in den vom Kriegsvertrag betroffenen Bezirken, das selbst Trauerfeiern unterdrückt und brutal auseinandertreibt, schafft es nicht, jene "Ruhe und Ordnung" zu erzwingen, die die unangefochtene Fortsetzung der Entrechtung ermöglichen sollte; diese schwer-bewaffneten Männer müssen indes auch noch in jene anderen Gebiete des Landes hindurchziehen, die der Bureauchef Botha bisher für "relativ ruhig" gehalten hatte, um auch dort Menschen mit Militärgewalt zum Schweigen zu bringen.

Der Widerstand an diesen Punkten wird erneut bewiesen: Selbst militärische Überlegenheit wird ein Volk nicht für immer zum Schweigen und zu Untätigkeit bedingtigen können, das entschlossen ist, seine Entrechtung zu überwinden.

- auch unter Irkafnahme rigoroserer Verfolgung - Gegner dieses Unrechts zu ermannern und dazu aufzufordern, diesen Staat und seinen diversen Ablegern und Durchführungsinstanzen selbst die Loyalität zu verweigern, die er neuerdings mit Mitteln des Kriegsvertrags zu erzwingen versucht; (Nicht-mehr-Bereitstellung selbst stillschweigender Duldung)
- Die Ausschreitungen der jüngsten Zeit bei ihren jeweiligen regionalen und konzeptionellen Variationen und Differenzierungen
- wie

- Massenkundgebungen trotz des geltenden generellen Verbots;
 - Konsumverweigerung und Verbrauchsboykott, um "dort zu treffen, wo es am meisten schmerzt";
 - Widerstand gegen die Zwangsumsiedlung- und Ausbürgerungspolitik, bis gar Rückzieher und Zugeständnisse in Erwägung gezogen werden (siehe: Crossroads, Kwangema, oder die Frage nach der südafrikanische Staatsbürgerschaft);
 - massenhaftes Wegbleiben vom Arbeitsplatz, um "arbeitsrechtliche" Minimalforderungen durchzusetzen, aber auch und insbesondere um dem englischen Ende der Ausbeutung schwarzer Arbeiter den Weg zu ebnen;
 - öffentliche Auseinandersetzungen und Verhandlungsprozesse untereinander über verfassungsmäßige Grundsätze des "Rassismusstreikens" neuen Südafrika (siehe: das derzeit laufende Gespräch über die "Freiheitsscharte");
- lassen erkennen, daß der Widerstand auf allen Ebenen grundsätzlicher geworden, zukunftsorientiert ist und unverkennbare Züge eines konsequent durchzuführenden Kampfes angenommen hat.



Auch im kirchlichen Bereich sieht es nicht anders aus:

- Das, was bisher nur noch einzelne mutige kirchenleitende Persönlichkeiten - etwa der damalige Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC) Bischof Desmond Tutu - hinsichtlich des dringend notwendigen Rückzugs ausländischer Investitionen lediglich andeutungsweise sagen konnte und gesagt hat, ist mittlerweile mitunter Mehrheitsbeschluss und ausdrückliche Aufforderung des SACC - dieses sehr repräsentativen Kirchenzusammenschlusses - geworden (=des Zusammenschlusses 48 nicht-burischer Kirchen und kirchlicher Einrichtungen mit einer Mitgliederzahl von zwischen 15 und 16 Mio. Kirchenmitgliedern im ganzen Land = über die Hälfte der Gesamtbevölkerung überhaupt!).

Die in Johannesburg tagende Nationalkonferenz (=Tahnekonferenz) befrwortete in ihrer überwiegenden Mehrheit eine Resolution, in der es heißt: "Wir fordern unsere Partnerkirchen in anderen Ländern auf, ihre Anstrengungen fortzusetzen, um Möglichkeiten wirksamen und wirtschaftlichen Drucks zu finden und zu fördern, um die Situation in Südafrika dahin-

gehend zu beeinflussen, daß Gerechtigkeit und Frieden erlangt werden und Gewalttätigkeiten in diesem Konflikt vermindert werden".



Die Jahreskonferenz sei "überzeugt" - heißt es in dem Beschlus ferner -, daß "Disinvestitionen und ähnlicher wirtschaftlicher Druck" erforderlich seien, um die Vertreter der Entrechtungs politik mit friedlichen Mitteln zu jenen "fundamentalen Änderungen zu zwingen, die dieses Land benötigt".

(Nach Ansicht südafrikanischer Juristen ist ein Aufruf zum Rückzug von Investitionen ein strafbares Verhalten). Dessen ist sich jeder bewußt, der auch dazu aufruft.

Ungerecht scharfer Kritik der Botha-"Regierung" hält eine Gruppe weißer Pastoren und kirchlicher Mitarbeiter nach wie vor an ihrem Vorhaben fest, sich demnächst in Sambia mit Vertretern unserer Befreiungsbewegung ANC zu treffen. Das Büro von Präsident Oliver Tambo bestätigt, daß Begegnungen mit Gegnern des Rassismus auch weißer Hautfarbe in letzter Zeit drastisch zugenommen haben; die meisten werden allerdings innerhalb des Landes abgewickelt, da die verbreiteten gemeinsamen Aktionen so am sinnvollsten vor Verteilung und vorzeitiger Beeinträchtigung durch die "Sicherheitskräfte" Bothas geschützt werden können.

Nicht nur die Industriellen, die nun berührten, Botha wolle sie mit in den Abgrund ziehen, sondern auch eine wachsende Zahl von Einzelpersonen, Gruppierungen und Organisationen unter den Gegnern des Rassismus will daran beteiligt sein, jene Koalition von Entwicklungen und Ereignissen herbeizuführen, die das Erreichen unseres Befreiungszieles einläuten wird.

- Gegner dieses Unrechtssystems außerhalb unseres Landes zu ermuntern und dazu aufzufordern, diesem Staat und seinen diversen Ablesern, Nutznießern und Durchführungsinstanzen selbst die

Legitimität, nach der er sich so sehr, sowie die politische Auswertung und wirtschaftliche Rückendeckung, um die er sich so eifrig bemüht, zu entziehen bzw. entziehen zu lassen;



(Sanktionen)

Allein mir gegenüber haben - innerhalb weniger Wochen - 4.000 Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland durch Unterschrift (und - in einigen Fällen - mit zusätzlicher Begründung) erklärt, sie unterstützen die Forderung nach Kündigung des *de facto* immer noch bestehenden Kulturabkommens mit dem Rassistenregime im heutigen Südafrika. Dem Auswärtigen Amt in Bonn konnte ich am 15.10.1985 daher erklären: Da sich auch diese Forderung in der palamentarischen Auseinandersetzung für (zumindest) politisch durchsetzbar erwiesen hat, werde ich die Unterzeichner für weiterreichendere Boykottmaßnahmen zu gewinnen versuchen. Diese schließen Folgendes ein (das habe ich auch vorgetragen und schriftlich hinterlegt):

- Aufkündigung der diplomatischen Beziehungen mit dem heutigen südafrikanischen Staat, dessen Verfassungsgrundlage des Rassismus - von der dortigen Bevölkerungsmehrheit abgelehnt und von der UNO für "null und nichtig" erklärt - dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland kraft widerspricht und es verletzt;
- STATTDESSEN unverzüglich völkerrechtlich verbindliche Kontaktaufnahme mit anerkannten Vertretern der Organisationen der Bevölkerungsmehrheit Südafrikas und Namibias, ANC und SWAPO, die den Rassismus ablehnen und bekämpfen und gerechtes, friedliches, rassistisurfrees Miteinanderleben aller Menschen im südlichen Afrika herbeiführen wollen;
- Rücknahme der Landerrechte für südafrikanische Flugzeuge auf bundesdeutsche Flughäfen;
- das Verbot der Einfuhr von Kettengrand-Goldminen in die Bundesrepublik Deutschland sowie das Verbot des Handels mit diesen Mineralien;
- Verbot von anleihen bundesdeutscher Geldinstitute an den Staat und sonstige unterdrückterische Einrichtungen in Südafrika und Namibia;
- der Stopp neuer und der Entzug bestehender Exportbürgschaften für Ausfuhren nach Südafrika und Namibia;

- die konsequente Einhaltung des Rüstungs-embargos der UNO und die Ausdehnung des Embargos auf den Polizeibereich;
- die Unterbindung der Versorgung des heutigen Südafrika mit Rohöl und Mineralölprodukten durch bundesdeutsche Handelsfirmen;
- Einstellung jeglicher wissenschaftlich-technischen sowie nuklearen und waffen-technischen Zusammenarbeit mit dem heutigen Südafrika.



• den "Kairos" - die einjährige Gelegenheit - nicht schon wieder zu verspielen! ("now or never!")

Vor nunmehr über 25 Jahren hat der damalige Präsident des ANC, der Friedensnobelpreisträger Winnie Albert Lubhuli, gewarnt: "Die Zeit des vergeblichen Anklöffens, des geduldigen und beschiedenen Wartens vor einer verschlossenen und verriegelten Tür" ist für immer vorbei! ... Hätten wir entsprechend gehandelt!

Heute stellt Präsident Oliver Tambo fest, diese Einschätzung bewahrheitet sich heute deutlicher denn je, und erklärt: "Wir gehen jetzt zum Angriff über!"

Am heutigen Eröffnungstag der diesjährigen Friedensdekade unterstreiche auch ich: Wir gehen jetzt zum Angriff über! Die Grundursachen gewalttätiger Ausschreitungen gilt es, für immer beseitigt zu haben - nicht später als heute!

6. Hoffnungen und Erwartungen

Gegenüber Friedenssuchenden und Gegnern der Entrechtung in meinem Gastgeberland Bundesrepublik Deutschland fällt es mir verhältnismäßig leicht, Erwartungen hinsichtlich fröhlichen Handelns zur Ermöglichung gerechter Lebensverhältnisse zu formulieren und zur Geltung zu bringen; die dortigen Verhältnisse in Kirche und Staat sind mir nunmal vertrauter. Gegenüber Friedenssuchenden und Gegnern der Entrechtung auf der diesjährigen Friedensdekade in der Deutschen Demokratischen Republik bin ich in dieser Hinsicht etwas verlegen, denn die Verhältnisse in Kirche und Staat herzulande sind mir allerdings weniger bekannt, als ich früher zu behaupten gewohnt war; außerdem weiß ich, daß die meisten dringenden Forderungen - etwa

nach Beendigung wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung sowie nach sofortiger Einstellung politisch-diplomatischer Auswertung des Rassismus - Euch gegenüber deswegen gegenstandslos sind, weil nicht die Verfechter, sondern die Opfer und Gegner des Unrechts der Apartheid ständige Gesprächspartner Eurer Kirchen und Eures Staates sind. ... Gerade aus diesem Grunde aber fühle ich mich auf der Suche dauerhaften Friedens für alle Menschen mit Euch besonders verbunden, und bin daher ermutigt, die Erwartung zum Ausdruck zu bringen:



Lasset uns - hier wie dort - nicht müde werden, den eingeschlagenen Weg - so dornig und steil er streckenweise erscheinen und werden mag - weiterzugehen, damit der Hunger nach Gerechtigkeit - hier wie dort - und die Bedrohung des Weltfriedens durch die Lebensvernichtung und die Besessenheit der Rassisten baldmöglichst für immer überwunden und Bedingungen gleichberechtigten, dauerhaften-friedlichen Miteinanderlebens aller Menschen - auch im Südlischen Afrika - erlebbarer Wirklichkeit wird - noch während unserer diesjährigen Friedensdekade!

7. ANHANG:

- Fürbitte im Gottesdienst um 18,00 Uhr (Auszug)
Ben Khumalo:
...
Herr, unser Gott, wir fragen uns: Wie lange noch müssen Menschen in Südafrika und Namibia Demütigung, Erniedrigung und Unrecht erleiden?
Wir bitten dich, Herr, laß dies nicht mehr länger zu!
• Bestärke die vielen Frauen und Kinder in Soweto, die vielen Arbeiter und Arbeitlosen im Eastern Cape, die Kirchen und Gewerkschaften im ganzen Lande, in ihrem "Nein!" zur Entmenslichung;
laß sie weitersagen, "ja!" zur Gleichberechtigung aller und zur versöhnten Mitmenschlichkeit here and now;
stehe ihnen bei bei ihrem Kampf heute;
laß nicht mehr länger zu, daß sie weiterhin fragen müssen:



"Wie lange noch?"

- Herr, schenke den Wortführern der Bevölkerungsmehrheit - den Verantwortungsträgern in der Befreiungsbewegung
weiterhin den langen Atem
und die unbestechliche Entschlossenheit,
Gleichberechtigung aller und Gerechtigkeit auch dann
auf's Neue zu suchen, wenn jede Hoffnung darauf unbegründet
erscheint;
- Schenke den Wortführern der Bevölkerungsmehrheit - den Verantwortungsträgern in der Befreiungsbewegung
weiterhin den langen Atem
und die unbestechliche Entschlossenheit,
das versöhnende Zueinanderfinden der heute Zerstrittenen
auch dann anzustreben, wenn diese dazu immer weniger bereit
und immer weniger fähig zu sein scheinen;
- Schenke den Wortführern der Bevölkerungsmehrheit - den Verantwortungsträgern in der Befreiungsbewegung
weiterhin den langen Atem
und die unbestechliche Entschlossenheit,
den Kampf um das grundlegendste im Leben - das Lebensrecht -
unbeirrt fortzusetzen.
- Auch für Pieter Willem Botha beten wir, Herr:
Reiße ihm das Schwert aus der Hand
und befreie ihn und seine Anhänger von der Besessenheit
und der Selbstüberschätzung heute noch!
Herr, laß nicht zu, daß er sich weiterhin versündigt und sich
des Völkermordes noch schuldiger macht.
Um der Liebe deines Sohnes willen bitten wir dich:
Erlöse auch ihn von dem Bösen,
laß ihm die Macht aus der Hand entgleiten,
auf daß er kein weiteres Unheil mehr errichte.
- Schenke uns allen weiterhin die Zuversicht, in Wort und Tat
daß dein Wille geschehe: auch und insbesondere im Südlischen Afrika!

ANHANG: Die Freiheitscharta
aus: Dokumente der südafrikanischen
Befreiungsbewegung von 1943-76
Informationsstelle südliches
Afrika (issa), Bonn, Blücher-
straße 14
S. 36ff

Die Freiheitscharta

Angenommen vom Volk Kongreß in Kliptown, Johannesburg
am 26 Juni 1955 - dem südafrikanischen Freiheitstag

Wir, das Volk von Südafrika, erklären, unserem Land und der Welt zur Kenntnis:
Südafrika gehört allen, die darin leben, Schwarzen und Weißen; keine Regierung kann gerechterweise einen Machtanspruch erheben, es sei denn, daß er auf dem Willen des Volkes gegründet ist;
unser Volk ist seines Geburtsrechts auf Land, Freiheit und Frieden durch seine Regierung beraubt worden, die auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit beruht;
unser Land wird solange weder aufblühen noch frei sein, bis wir nicht alle brüderlich zusammenleben und gleiche Rechte und Möglichkeiten genießen;
nur ein demokratischer Staat, der auf dem Willen des Volkes gegründet ist, kann allen ihr Geburtsrecht ohne Unterscheidung der Farbe, Rasse, des Geschlechts oder des Glaubens sichern;
und deshalb nehmen wir, das Volk von Südafrika, Schwarze und Weiße gemeinsam - als Gleichberechtigte, Landleute und Brüder - diese Freiheitsurkunde an. Und wir verpflichten uns, zusammen zu kämpfen und es weder an Kraft noch an Mut fehlen zu lassen, bis die hier genannten demokratischen Veränderungen erreicht worden sind.

Das Volk soll regieren!
Jeder Mann und jede Frau soll das Recht haben zu wählen und als Kandidat für alle gesetzgebenden Körperschaften aufgestellt zu werden;
Alle sollen das Recht haben, an der Verwaltung des Landes teilzunehmen;

Alle sollen gleichberechtigt sein, ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe, Geschlecht;
Alle Körperschaften einer Minoritätsherrschaft, wie Beratungsausschüsse, Ämter und Behörden sollen durch demokratische Organe in einer Selbstregierung ersetzt werden.

Alle nationalen Gruppen sollen gleichberechtigt sein!
Alle nationalen Gruppen und Rassen sollen den gleichen Status in staatlichen Körperschaften, in den Gerichten und in den Schulen haben;
Alle sollen das gleiche Recht haben, ihre eigene Sprache zu sprechen und ihre eigene Kultur und Sitte zu pflegen;
Alle nationalen Gruppen sollen durch das Gesetz vor Beleidigung ihrer Rasse und ihres Nationalstolzes geschützt werden;
Es soll als Verbrechen bestraft werden, Diskriminierung und Verachtung von Nationalität, Rasse oder Farbe zu verbreiten und auszuüben;
Alle Apartheids-Gesetze und -Praktiken sollen abgeschafft werden.

Das Volk soll am Reichtum des Landes teilhaben!
Der nationale Reichtum unseres Landes, das Erbe aller Südafrikaner, soll dem Volk wiedergegeben werden;
Die Bodenschätze, die Banken und monopolisierten Industrien sollen nationalisiert werden;
Alle weiteren Industrien und der Handel sollen gesteuert werden, um dem Wohlergehen des Volkes zu dienen;
Alle sollen das gleiche Recht haben, dort Handel zu treiben, wo sie es wünschen, zu produzieren und alle Gewerbe, Handwerke und freien Berufe zu ergreifen.

Das Land soll unter die Verteilung kommen, die es bebauen!
Beschränkungen des Landbesitzes auf Rassen-Basis sollen enden und alles Land wieder unter die Verteilung kommen, die es bebauen, um Hungersnot und Landlosigkeit zu verbannen;
Der Staat soll den Landleuten mit Werkzeugen, Saat, Traktoren und Bewässerungsanlagen helfen, um den Boden zu erhalten und den Ackerbauern beizustehen;
Bewegungsfreiheit soll all denen, die auf dem Lande arbeiten, garantiert werden;
Alle sollen das Recht haben, Land dort zu besitzen, wo sie es wünschen; Niemandem soll das Vieh weggenommen werden. Zwangsarbeit und Farm-Gefängnisse sollen abgeschafft werden.

Alle sollen vor dem Gesetz gleich sein!
Niemand soll ohne ein unparteiisches Gerichtsverfahren eingesperrt, verschleppt oder in seiner Freiheit beschränkt werden;
Niemand soll durch Befehl irgendeines Regierungsbeamten verurteilt werden;
Die Gerichte sollen sich aus Repräsentanten des ganzen Volkes zusammensetzen;

Gefängnishaft soll nur bei schweren Verbrechen gegen das Volk angewandt und Unterzucht, nicht Vergeltung zum Ziele haben;
 Polizei und Armee sollen allen auf gleicher Basis offenstehen und Helfer und Beschützer des Volkes sein;
 Alle Gesetze, die auf Grund der Rasse oder des Glaubens diskriminieren, sollen widerrufen werden.

Alle sollen gleiche Menschenrechte genießen!

Das Gesetz soll allen das Recht zu reden, sich zu organisieren, sich zu versammeln, zu publizieren, zu predigen, Gottesdienst zu halten und ihre Kinder zu erziehen, gewährleisten.

Der private Bereich des Hauses soll gesetzlich vor Polizeirazzien geschützt werden;

Alle sollen die Freiheit haben, ohne Beschränkung vom Land in die Stadt, von Provinz zu Provinz und von Südafrika ins Ausland zu reisen;
 Paßgesetze, Erlaubnisscheine und alle anderen Gesetze, die diese Freiheiten beschränken, sollen abgeschafft werden.

Es soll Arbeit und Sicherheit geben!

Alle, die arbeiten, sollen die Freiheit haben, Gewerkschaften zu gründen, ihre Funktionäre zu wählen und mit ihren Arbeitgebern Lohnverträge abzuschließen;

Der Staat soll das Recht und die Pflicht aller, zu arbeiten und volle Arbeitslosenunterstützung zu beziehen, anerkennen;

Männer und Frauen aller Rassen sollen gleiche Löhne für gleiche Arbeit erhalten;

Die 40-Stunden-Woche soll eingeführt werden, nationale Mindestlöhne, bezahlter Jahresurlaub, Krankheitsurlaub für alle Arbeiter, vollbezahlter Urlaub für werdende Mütter, die arbeiten;

Minenarbeiter, Hausangestellte, Farmerarbeiter und Zivilbeamte sollen die gleichen Rechte wie alle anderen haben, die arbeiten;

Kinderarbeit, Compound-Arbeit, das tot-System (1) und Kontrakt-Arbeit (2) sollen abgeschafft werden.

Die Türen zu Ausbildung und Kultur sollen geöffnet werden!

Die Regierung soll nationale Begabungen zur Erweiterung unseres kulturellen Lebens entdecken, entwickeln und fördern;

Alle Kulturschätze der Menschheit sollen allen durch freien Austausch von Büchern, Gedanken und Kontakt mit anderen Ländern zugänglich gemacht werden;

Das Ziel der Erziehung soll sein, daß man die Jugend lehre, ihr Volk und ihre Kultur zu lieben und Brüderlichkeit, Freiheit und Frieden unter den Menschen zu ehren;

Schulterziehung soll kostenlos, obligatorisch, allgemein und gleich für alle Kinder sein;

Höhere Schulterziehung und technische Ausbildung sollen allen mit Hilfe staatlicher Zuschüsse und Stipendien auf Grund besonderer Eignung zugänglich sein;

Analphabetentum der Erwachsenen soll durch einen Plan zur staatlichen Massenerziehung enden;
 Lehrer sollen die gleichen Rechte wie alle anderen Bürger haben;
 Die Farbenschranke im kulturellen Leben, Sport und in der Schulerziehung soll abgeschafft werden.

Es soll Häuser, Sicherheit und Wohlfahrt geben!

Alle sollen das Recht haben, zu leben, wie sie es wünschen, in anständigen Häusern untergebracht zu werden und ihre Kinder in Wohlfahrt und Sicherheit aufzuziehen.

Ungenutzter Siedlungsraum soll verfügbar gemacht werden;
 Mieten und Preise sollen gesenkt werden, es soll reichlich zu essen geben und niemand soll hungern;

Es soll eine vorbeugende staatliche Gesundheitsfürsorge geben;
 Freie ärztliche Behandlung und Krankenhausaufenthalt soll für alle vorgeesehen werden, unter besonderer Berücksichtigung von Müttern und kleinen Kindern.

Slums sollen niedergeissen und neue Vororte aufgebaut werden, wo allen Verkehrsmittel, Straßen, Beleuchtung, Spielplätze, Krippen und soziale Zentren zur Verfügung stehen;

Für die Alten, die Kranken, die Waisen und die Invaliden soll vom Staat gesorgt werden;

Alle sollen Recht auf Ruhe, Muße und Erholung haben;

Eingesäumte Lokationen und Ghettos sollen abgeschafft und Gesetze, die Familien auseinanderreißen, widerrufen werden.

Es soll Frieden und Freundschaft geben!

Südafrika soll ein vollständig unabhängiger Staat werden, der die Rechte und Souveränität jeder Nation anerkennt;

Südafrika soll danach streben, den Weltfrieden durch die Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf dem Verhandlungswege – nicht durch Krieg – zu erhalten;

Frieden und Freundschaft soll bei unserem ganzen Volk durch die Aufrechterhaltung gleicher Rechte, Möglichkeiten und eines gleichen Status aller sichergestellt werden;

Die Völker der Protektorate – Basutoland, Bechuanaland und Swaziland – sollen die Freiheit haben, über ihre Zukunft selbst zu entscheiden;

Das Recht aller Völker Afrikas auf Unabhängigkeit und Selbstregierung soll anerkannt werden und die Basis enger Zusammenarbeit sein.

Alle, die ihr Volk und ihr Land lieben, mögen uns nun nachsprechen:
 "Für diese Freiheitsrechte wollen wir Seite an Seite unser ganzes Leben lang kämpfen, bis wir unsere Unabhängigkeit gewonnen haben."

(Auszug aus Albert Luthuli: "Mein Land, mein Leben", Chr. Kaiser Verlag München)

SÜDAFRIKANISCHER RAT DER KIRCHEN, NATIONALKONFERENZ 1985:

"BESCHLUSS NR. 5: DISTINVESTMENT"

28.6.1985. Aus: "EWM-Informationen", Nr. 62, 31.7.1985 (Thema des Heftes: Ausland, Investitionen in Südafrika)

An: Exekutivkomitee des Südafrikanischen Rates der Kirchen,

Mitgliedskirchen, Regionalräte, angeschlossene Organisationen und die Internationale Gemeinschaft

Die Nationalkonferenz des Südafrikanischen Kirchenrates ist von dem gewaltsamen Konflikt, in den die Menschen Südafrikas jetzt verwickelt sind, tief betroffen.

1. Sie wiederholt die frühere Erklärung des Rates, daß ausländische Investitionen und Kredite benutzt wurden, um die in Südafrika herrschenden Machtstrukturen und Privilegien zu stützen.

2. Sie erkennt an, daß viele Kirchenführer und Christen in Südafrika (selektives) disinvestiert und wirtschaftliche Sanktionen guthießen, weil sie davon überzeugt sind, daß der Ernst der Lage wirtschaftliche Maßnahmen erfordert, um den politischen und diplomatischen Druck zu verstärken und die südafrikanische Regierung zu zwingen, den grundsätzlichen Wandel als notwendig zu erkennen.

3. Sie ist sich darüber einig, daß ein grundsätzlicher Wandel die Beseitigung der Apartheid und die demokratische Beteiligung aller Südafrikaner bei der Planung neuer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen einschließt, um allen Menschen Gerechtigkeit, Entwicklung, Freiheit und Frieden zu garantieren.

4. Sie beogrußt die Betroffenheit und Unterstützung der Missionen in anderen Ländern, die sich bemühen, mit ihr gewaltfreie Wege zum grundsätzlichen Wandel in Südafrika zu finden.

5. Sie glaubt, daß der Druck westlicher Länder durch Disinvestment und Divestment sehr geholfen hat, die weißen Südafrikaner zu empfindlicherer Überlegung der Gründe des politischen Konflikts dieses Landes zu bewegen.

6. Sie schließt aus dem ihr vorgelegten Beweismaterial, daß ausländische Investitionen nicht notwendigerweise neue Arbeitsplätze schaffen, sondern daß oft das Gegenteil der Fall ist, weil neues Investieren häufig in form hochwertiger technologischer Ausrüstung geschieht.

7. Sie macht darauf aufmerksam, daß die Kirchen seit vielen Jahren auf das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit in den schwarzen Gemeinschaften hingewiesen haben und nie irgendeine ernsthafte Besorgnis der Geschäftswelt bewerkten – weder der südafrikanischen noch der aus andischen oder der Regierung. Erst in den letzten Monaten, als Wirtschaftsanktionen in den Vereinigten Staaten gesetzliche Wahrscheinlichkeit wurden, änderte sich dies.

8. Sie bekennt, daß es in den Kirchen keine angemessene Debatte und Erfahrung der Disinvestment-Frage gab, weil wir uns aufgrund strenger Gesetze, die eine offene Diskussion über Sanktionen verhindern sollen, selbst Zurückhaltung auferlegen, was bedeutete, daß die einzigen Argumente, die in Südafrika geltend wurden, die gegen Disinvestment waren.

